



## **Stoppt den Krieg! Stoppt den Terror!**

**Die massive Bedrohung freier Gewerkschaften in der Ukraine und in Belarus erfordert unsere entschiedene Reaktion!**

Der Beirat der IGBCE hat auf seiner Sitzung am 20./ 21. Juni 2022 in Bad Wildungen folgende Resolution verabschiedet:

Die IGBCE verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Immer noch besteht die reale Gefahr einer Ausweitung des Krieges auf weitere Regionen in der Ukraine oder auch auf andere Länder.

**Deshalb fordern wir:**

- die sofortige Einstellung aller Kriegshandlungen durch die russische Armee,
- eine unabhängige Aufklärung und Ahndung aller Kriegsverbrechen sowie
- das eingefrorene Vermögen des Regimes und der Oligarchen zu beschlagnahmen und zum Wiederaufbau der Ukraine nutzen.

**Die IGBCE hat bereits in vielfältiger Weise solidarische Unterstützung geleistet:**

Wir haben Wohnmöglichkeiten in unseren Bildungszentren für geflüchtete Ukrainer\*innen geschaffen und mit betrieblichen und privaten Spendenaktionen im Rahmen von „Gewerkschafter helfen“ enorme Summen für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt.

Auch die ukrainischen Gewerkschaften haben ihre Arbeit auf den Schutz und die Rettung ihrer Mitglieder und ihrer Familien fokussiert und alle ihre Räumlichkeiten in den vom Krieg verschonten Regionen des Landes für Geflüchtete aus den am stärksten umkämpften Städten geöffnet. Sie leisten mitten im Krieg an vielen Stellen überlebenswichtige, mutige und gefährliche Hilfe.

Deshalb steht die IGBCE gemeinsam mit den demokratischen Gewerkschaften in der Welt solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in der Ukraine.

Das Lukaschenko Regime in Belarus hat es russischen Truppen erlaubt, von ihrem Territorium die Ukraine anzugreifen. Allerdings ist die überwiegende Mehrheit der Belarussen gegen eine Beteiligung ihres Landes an dem rechtswidrigen Krieg. Darum lässt Lukaschenko nunmehr die letzten Formen gesellschaftlicher Opposition, die unabhängigen Gewerkschaften in Belarus, verbieten und deren führende Vertreter\*innen systematisch verfolgen. So wurden am 19. April fast die gesamten Vorstände aller unabhängigen Gewerkschaften vom KGB verhaftet. In der vergangenen Woche hat der belarussische Generalstaatsanwalt schließlich beantragt, alle unabhängigen Gewerkschaften zu verbieten und eine Mitgliedschaft unter Strafe zu stellen. Eine solche Zerschlagung der freien Gewerkschaften hat es in Europa seit 1945 nicht mehr gegeben.

Die IGBCE hat gegen die ungerechtfertigten Verhaftungen offiziell protestiert und sich wiederholt öffentlich für deren Freilassung ausgesprochen.

**Wir fordern darum:**

- den sofortigen Stopp des Terrors gegen freie Gewerkschaften in Belarus,
- die Freilassung aller verhafteten Gewerkschaftsführer\*innen der unabhängigen Gewerkschaften sowie
- die freie und ungehinderte Betätigung der gewerkschaftlichen Arbeit.

Die IGBCE wird oppositionellen Gewerkschafter\*innen helfen, wenn sie in Not geraten sind und ihr Land verlassen mussten. Dies umfasst auch ihr berufliches Wirken aus dem Exil heraus. Die existierenden Programme der Bundesregierung, insbesondere des Außenministeriums zur erleichterten Visa-Ausstellung müssen auch umfassend für Gewerkschafter\*innen angewandt werden. Gleiches gilt für Programme zur erleichterten beruflichen Eingliederung in Deutschland.

Unsere eigene Geschichte mahnt uns: Dort, wo Gewerkschaften in ihrer Existenz durch Terror und Krieg bedroht sind, ist solidarische Unterstützung erforderlich. Wir wissen: Ohne freie Gewerkschaften wird es keinen Frieden und keine Demokratie geben.

Und darum zeigt sich die IGBCE solidarisch mit allen Opfern von Krieg, Terror, Gewalt und Autokratie. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und Demokratie für alle Arbeitnehmer\*innen in der Ukraine und Belarus.

Die IGBCE fordert den sofortigen Stopp des Krieges gegen die Ukraine! Die IGBCE wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um unsere Kolleg\*innen in der Ukraine und in Belarus bei ihren schweren Überlebenskämpfen zu unterstützen.